

07.11.14 | Ostdeutschland

Die DDR war in Wahrheit gar nicht pleite

Arm aber sexy war der Osten nicht. Eher grau und knapp an allem. Der Wirtschaft ging es schlecht, die Industrie war überaltert, die Anlagen verschlissen. Nur überschuldet war das Land noch nicht. *Von Jan Dams*



Foto: picture alliance / Carsten Rehde

Blick auf einen Gebrauchtwagenmarkt in Wismar, der Autos der Marke Trabant und Wartburg verkauft: Die Industrie der DDR konnte mit der westdeutschen nicht mithalten

Man darf nicht alles glauben, was die frühere DDR-Führung aufschreiben ließ. Nicht einmal, wenn es sich kritisch mit der wirtschaftlichen Lage des Landes auseinandersetzte. So heißt es im sogenannten Schürer-Bericht, datiert auf den 27. Oktober 1989: "Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR infrage stellt."

Noch immer, 25 Jahre nach dem Untergang der DDR ([Link: http://www.welt.de/134039269](http://www.welt.de/134039269)), ist dieser Bericht ein Dokument, auf den sich sowohl Verteidiger, als auch Kritiker des Ost-Regimes berufen. "Die Zahlungssituation der DDR im Handel mit dem NSW (gemeint ist der Westen, also das Nicht-Sozialistische-Wirtschaftsgebiet) ist dadurch gekennzeichnet, dass wir zur Einhaltung unserer Zahlungsverpflichtungen aus Krediten und Zinsen sowie zur Durchführung jährlicher Importe bereit jetzt weitestgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig sind", heißt es in dieser "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen". Einer seiner Hauptautoren, Politbüro-Mitglied Gerhard Schürer, musste sich dafür von Erich Honecker sogar als Saboteur beschimpfen lassen.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der DDR die Pleite gegenüber den westlichen Kreditgebern drohe: "Die jährliche Kreditaufnahme der DDR liegt bei acht bis zehn Milliarden Verrechnungsmark. Das ist für ein Land wie die DDR eine außerordentlich hohe Summe, die bei zirka 400 Banken jeweils mobilisiert werden muss." Und das in einer Zeit, in der westliche Banken immer misstrauischer die wirtschaftliche Lage der Ostblockstaaten beobachten würden. Die Verteidiger des Systems bewerten dieses Schreiben allerdings nicht als Bankrotterklärung, sondern als eindringlichen Ruf nach Reformen.

Im gesellschaftlichen Gedächtnis der meisten Deutschen aber war die DDR an ihrem Ende quasi finanziell am Ende. Hohe Schulden, eine marode Wirtschaft und fehlende Produkte trieben das politische System in den Ruin, so die gemeinsame Erinnerung. Wirtschaftlich total verschlissen war die ostdeutsche Wirtschaft tatsächlich. Und nicht zuletzt das brachte die Menschen im Osten auf die Barrikaden. Insolvent gegenüber dem Westen aber war das

Regime nicht, wie ein Bericht der Bundesbank aus dem Jahr 1999 zeigt.

Die DDR war nicht zahlungsunfähig

Im Sonderbericht der Deutschen Bundesbank zur Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR aus dem August 1999

(Link: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/zahlungsbilanz_ddr.pdf?_steht: "Die internationalen Finanzmärkte sahen die Situation jedoch noch nicht als kritisch an. Sowohl im Jahre 1988 als auch 1989 konnten die DDR-Banken Rekordbeträge im Ausland aufnehmen.")

Haarklein schildert die Bundesbank, wieso der Osten zumindest im westlichen Ausland besser dastand, als viele in Erinnerung haben. Anfang der 80er-Jahre, genauer 1982, kam es für die DDR zu einer Liquiditätskrise. "Während es vor ein bis zwei Jahren noch 360 Banken waren, die sich an Krediten für die DDR beteiligten, sind es gegenwärtig noch 40 Banken." Zu dieser Zeit war die Lage prekär.

Aufgeschreckt durch diese Entwicklung steuerten die SED-Granden um. "Die politischen Entscheidungsträger strebten eine Rückführung der Verschuldung an", schreibt die Bundesbank. Ende der 80er-Jahre sei es der DDR relativ schnell gelungen, "ein respektables Liquiditätspolster aufzubauen." Ende 1981 betrug die Forderungen gegenüber dem Westen noch gut 13 Milliarden Verrechnungsmark.

Ende 1985 waren es dann 30 Milliarden. Ende 1989 deckten die Liquiditätsreserven gut 59 Prozent der Verschuldung ab. "Netto, das heißt nach Abzug der Devisenreserven, erreichte die Verschuldung gegenüber den westlichen Ländern im Krisenjahr 1982 mit 25,1 Milliarden Verrechnungsmark ihren Höhepunkt. Bis 1985 ging sie auf 15,5 Milliarden DM zurück. Danach wuchs sie wieder an, Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung 19,9 Milliarden Verrechnungsmark."

Je nach Wissenschaftler und Autor wird denn auch der Schuldenstand der DDR zu ihrem Ende berechnet. Mit vermutlich rund 85 Prozent war er zwar für die damalige Zeit recht hoch, überschuldet aber war das Land nicht. Griechenland steht heute finanziell wesentlich schlechter da.

Die Wirtschaftslage ist katastrophal

Nur ging die Stabilisierung der DDR-Finzen nicht Hand in Hand mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen und der wirtschaftlichen Lage. Im Gegenteil: Schwierig war es schon 1981 geworden.

Damals kürzte die Sowjetunion aufgrund eigener Probleme dem "Brudervolk" in Ostdeutschland die Erdöllieferungen von 19 auf 17 Millionen Tonnen. Für die DDR war das eine Katastrophe, hatte sie doch Teile dieses Öls teuer veredelt in den Westen weiter verkauft.

Alles Bitten und Betteln der Ostdeutschen bei den Russen half nicht. "Der ökonomische Kollaps deutete sich 1981 an und wurde 1983 offensichtlich", sagte der frühere DDR-Wirtschaftsminister Günter Mittag später in einem Interview mit dem "Spiegel". Über diese Lage sei das gesamte Politbüro informiert gewesen. Die Russen aber konnten es sich nicht leisten, die DDR im gleichen Umfang wirtschaftlich zu alimentieren.

Die Russen können nicht helfen

"Genosse Leonid Iljitsch (Breschnew) hat mich beauftragt, dem Politbüro der SED mitzuteilen, in der UdSSR gibt es ein großes Unglück", übermittelte Konstantin Russakow Breschnews Antwort an die DDR-Führung. "Wenn ihr nicht bereit seid, die Folgen dieses Unglücks mit uns zu tragen, dann besteht die Gefahr, dass die Sowjetunion ihre gegenwärtige Stellung in der Welt nicht halten kann, und das hat Folgen für die ganze sozialistische Gemeinschaft."

Die hatte es auch so. In den 1980er-Jahren richteten DDR-Bürger jährlich mindestens 500.000 Eingaben an die Partei- und Staatsführung. "Die Diskrepanz zwischen Versprechungen der Parteiführung und der Versorgungswirklichkeit vergrößerte sich immer mehr, so dass die Eingaben zahlreicher und heftiger wurden", heißt es in dem Buch "Der SED-Staat" von Klaus Schroeder.

Es fehlte an vielem, nicht nur an den heute so oft genannten Bananen und Apfelsinen. Ersatzteile für Autos gab es selbst nach langen Wartezeiten oft nur unter der Ladentheke oder im heimlichen Tausch gegen andere dringend benötigte Waren. Fahrradersatzteile, Wasserhähne, Farbfernseher, Schuhe, Damenunterwäsche und Jeans. Außer Grundnahrungsmitteln gab es zum Ende der DDR fast nichts, wofür man nicht Vitamin-B, also Beziehungen, benötigt hätte.

Der Stasi thematisiert die Lage

Selbst die Spitzel der Staatssicherheit machten die Versorgungslage zum Thema. In einem Bericht für das SED-Politbüro hieß es: Wegen der Mangelwirtschaft bei Bekleidung in allen Preisklassen, technischen Konsumgütern, Heimelektronik, aber auch bei Dingen des täglichen Bedarfs, "häufen sich negative und abfällige Äußerungen über das Warenangebot."

Und schlimmer: "Zunehmend sind derartige Äußerungen verbunden mit offen ausgesprochenen Zweifeln an der Objektivität und Glaubwürdigkeit der von den Massenmedien der DDR periodisch veröffentlichten Bilanzen und Ergebnissen der Volkswirtschaften."

Auf Deutsch: Die Bürger glaubten der Regierung immer weniger. Bananen und Apfelsinen gab es im Winter nur selten. Und wenn dann vor allem in Berlin, der "Hauptstadt der DDR" und damit dem Schaufenster des Regimes. "Westpakete kompensierten die Versorgungsmängel in einem beträchtlichen Ausmaß", schreibt Schroeder in seinem Buch "Der SED-Staat". "Allein im Jahr 1988 schickten Westdeutsche 28 Millionen Päckchen und Paketsendungen in einem Gesamtwert von 5,3 Milliarden Mark in die DDR." Das entsprach in etwa vier Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes, bei Textilien und Bekleidung sogar 24 Prozent. "Der in der DDR verzehrte Kaffee stammte zu etwa 20 Prozent, die Damenstrumpfhosen zu 30 Prozent und die Damenoberbekleidung zu fast 20 Prozent aus Westpaketen."

Die Stabilisierung der DDR-Finzen ging denn auch Hand in Hand mit einer Verschlechterung von Wirtschaftsleistung und Lebenslage. Es wurde weniger importiert, um die Staatsfinzen zu schonen. Gleichzeitig ging alles, was teuer und wertvoll war als Exporte in den Westen. Die Bürger bekamen immer weniger auf den Ladentisch. Gebrauchtwagen waren teilweise teurer als neue Autos, weil die Wartezeiten auf die Trabants und Wartburgs so lange waren, dass sich Altautos mit Aufschlag verkaufen ließen.

Die Ost-Industrie verfällt

Doch nicht nur der ostdeutsche Konsum litt unter dieser Lage. Schlimmer, die Industrie des Landes verfiel. "Insgesamt hat sich jedoch der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1 Prozent 1975 auf 53,8 Prozent 1988 erhöht, im Bauwesen von 49 Prozent auf 67 Prozent, im Verkehrswesen von 48,4 Prozent auf 52,1 Prozent und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2 auf 61,3 Prozent", heißt es im Schürer-Bericht für die SED-Genossen. Die im Osten so hochgelobte Mikro-Chipbranche musste über drei Milliarden Mark pro Jahr gestützt werden. Die Kosten für die Herstellung waren oft ein Mehrfaches teurer als im konkurrierenden Westen.

Schürers Fazit war ernüchternd: "In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch ineffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt." Darin liege auch eine Ursache, dass der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40 Prozent etwa gleich blieb."

Die DDR ist nicht mehr zu retten

Am Ende war der Staat finanziell nicht pleite, aber seine Bürger lechzten nach mehr. Nach Freiheit (Link: <http://www.welt.de/134013271>) . Und zu der gehört zwar nicht nur aber eben auch ein Warenangebot, das nicht nur von Beziehungen diktiert war. Die schwache ostdeutsche Wirtschaft, gegängelt durch die Planwirtschaft der SED-Genossen, konnte das nicht gewährleisten. "Zugleich versuchten wir, die Wirtschaftskooperation mit dem Westen auszubauen", schilderte Ex-Minister Mittag 1991 die Lage. "Dafür waren Kredite erforderlich, die durch zusätzliche Exporte zu erwirtschaften waren." Der Kreislauf war für die DDR-Wirtschaft tödlich, denn bei rückläufigen Rohstofflieferungen der Russen wuchs der Aufwand für den Export überproportional. Ein dauerhafter Zustand konnte das nicht sein.

1987 kam Mittag dann nach eigenem Bekenntnis zu der Einsicht, dass es wirtschaftlich

vorbei war. "Jede Chance ist verspielt. Vom Osten war keine Hilfe möglich, und zum Westen konnte die Wende zu umfassenden Wirtschaftskooperation wegen latent wirkender politischer Widerstände in unseren Reihen nicht erfolgen", sagt der Mann, der für die ostdeutsche Wirtschaftspolitik mitverantwortlich war. Ohne Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegen gegangen, "weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war."

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten